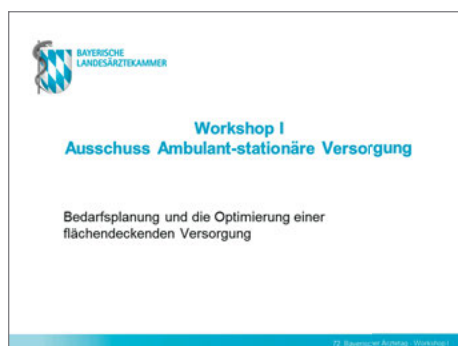


Workshop I – Ausschuss „Ambulant-stationäre Versorgung“



Der Ausschuss „Ambulant-stationäre Versorgung“ behandelte im Rahmen des Workshops I unter dem Titel „Bedarfsplanung und die Optimierung einer flächendeckenden Versorgung“ folgende Themen schwerpunktmäßig:

- » Bedarfsplanung
- » Ermächtigungen

Hierzu wurden von vier Referenten Impulsvorträge gehalten, um die Grundlagen der Bedarfsplanung aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln zu vermitteln. Für die niedergelassenen Ärzte sprach Dr. Christian Pfeiffer

und für die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) Dr. Gerald Quitterer, Adelheid Röben und Dr. Peter Schmied. An die Impulsreferate schloss sich eine ausführliche Diskussion über die Themen Bedarfsplanung und Ermächtigungen an.

Die Umsetzung der derzeit gültigen Bedarfsplanungsrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses führt nach Auffassung des Ausschusses zu einer Fehlbewertung der Versorgungsrealität in Bayern, da sie in beinahe allen Versorgungsbereichen eine Regel- oder Überversorgung bescheinigt. In einem Antrag zum 72. Bayerischen Ärztetag wurde formuliert, dass die Partner aus den beteiligten Körperschaften im Landesausschuss aufgefordert werden sollen, notwendige Veränderungen in der regionalen Versorgung kurzfristig zu erkennen und zeitnah die notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

Ferner ist der Ausschuss unter anderem zu dem Ergebnis gelangt, dass in Bayern regionale Besonderheiten bestehen, die eine Anpassung der Bedarfsplanung schnellstmöglich notwendig machen. Als regionale Besonder-

heiten wurden unter anderem die sehr unterschiedliche Größe, Ausdehnung und Strukturen der sogenannten Mittelbereiche, die demografische Entwicklung (der Bevölkerung und der Ärzteschaft) sowie die Infrastruktur erkannt. Hierzu wurde auch ein entsprechender Antrag gestellt.

Ziel dieser Bemühungen ist eine flächendeckende, bedarfsgerechte Versorgung in allen Regionen Bayerns.

Auch das Thema Ermächtigungen wurde im Rahmen des Workshops intensiv erörtert.

*Dr. Christoph Emminger, München
Anna-Marie Wilhelm-Mihinec (BLÄK)*

Workshop II – Ausschuss „Angestellte Ärztinnen und Ärzte“



„Kommunikation als Basis des Arzt-Patienten-Verhältnisses – eine Selbstverständlichkeit auch im Krankenhaus?“ – diese Frage untersuchten die elf Mitglieder des Ausschusses „Angestellte Ärztinnen und Ärzte“ gemeinsam mit neun Gästen in dem Workshop II des 72. Bayerischen Ärztetages. Die Analyse der Kommunikationsstrukturen im Krankenhaus zeigte als erste Besonderheit, dass der Patient in die Institution Krankenhaus kommt und sich – anders als beim Hausarzt – ihm in der Regel persönlich unbekanntem Ärzten ausliefern muss. Bereits dieser ersten Begegnung

und deren Qualität der Kommunikation kommt erhebliche Bedeutung für das Entstehen oder Nicht-Entstehen einer vertrauensvollen Arzt-Patienten-Beziehung und damit der Arbeitsgrundlage für die weitere Behandlung zu. Als weitere potenziell störende Faktoren einer gelungenen Kommunikation im Krankenhausbetrieb wurden erarbeitet: Hohe Arbeitsteiligkeit durch Spezialisierung und Diversifizierung, Beteiligung unterschiedlichster Berufsgruppen an Diagnostik und Therapie, wechselnde Ansprechpartner durch verlängerte Betriebszeiten mit resultierendem Schichtbetrieb („wer sagt was?“), aber auch steile Hierarchien („wer hat das Sagen?“ bzw. „wer muss etwas sagen?“) und der Kostendruck, angesichts dessen jegliche „Personalbindungszeit“ hinterfragt wird („muss man denn so viel sagen?“). Ausgehend von den potenziellen negativen Folgen einer misslungenen oder unterlassenen Kommunikation wurden Argumente erarbeitet und in einem Antrag eingebracht, die auch unter Kostendruck stehenden Klinikträgern Investitionen in eine verbesserte Kommunikation als rentabel nahebringen sollen („Die Ökonomie hat den Wert einer angemessenen Kommunikati-

on noch nicht entdeckt.“): Höhere Patientenzufriedenheit, bessere Behandlungsplanung, Vermeidung kostspieliger Zusatzuntersuchungen, gesteigerte Patientensicherheit, Fehlervermeidung und Verhinderung juristischer Auseinandersetzungen. Es wurde aber auch die Notwendigkeit erkannt, dem Erlernen und Trainieren einer guten Kommunikation bereits im Medizinstudium einen höheren Stellenwert zuzubilligen. Auch dieser Aspekt wurde in einen Antrag eingearbeitet.

Das Fazit der Teilnehmer nach fast drei Stunden intensiver Beschäftigung mit dem Thema war: „Kommunikation als Basis des Arzt-Patienten-Verhältnisses muss auch im Krankenhaus wieder eine Selbstverständlichkeit werden!“

*Dr. Florian Gerheuser, Augsburg
Thomas Schellhase (BLÄK)*

Workshop III – „Ausschuss für Hochschulfragen“



Wie hält man Ärztinnen und Ärzte im Beruf? – Das war die Frage, die im Workshop des „Ausschusses für Hochschulfragen“ intensiv diskutiert wurde. Zu Beginn stand die Problem- bzw. Bestandsaufnahme. Die Workshop-Teilnehmer, darunter Vertreter der Universitätsklinik, stellten eine immer noch zunehmende Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten aus der Patientenversorgung ins Ausland, in Verwaltungs- bzw. Managementtätigkeiten, in die Pharmaindustrie und in die Familie zur Kinderbetreuung bzw. zur Übernahme häuslicher Pflege fest. Einig war man sich, dass dies an der beruflichen Unzufriedenheit sowie auch

der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf festzumachen ist. Leider wird seitens der Krankenhausträger in Bayern kaum bzw. sehr zögerlich reagiert. Die Kernforderungen wurden in zwei Entschließungsanträgen formuliert. Hier wurden unter anderem die Bayerische Krankenhausgesellschaft und die Krankenhausträger aufgefordert, planbare Dienstzeiten, rechtzeitige Dienstplangestaltung, flexible Arbeitszeiten und Arbeitszeitgestaltungen, planbare und verlässliche Weiterbildungsabschnitte und längerfristige – an die Weiterbildung angepasste – Arbeitsverträge zügig umzusetzen. Weiter wurden die Krankenhausträger aufgefordert, zeitnah familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Im Rahmen des Workshops wurde beschlossen, das weitere Thema „Umgang mit Gastärzten“ auf Grund seiner Vielschichtigkeit gemeinsam mit dem Ausschuss „Angestellte Ärztinnen und Ärzte“ in einer gesonderten Sitzung zu diskutieren.

Schließlich wurde auf die Problematik der Privatisierung von Universitätsklinik eingegangen. Grundlage hierfür war eine Pressemitteilung vom 16. Juli 2013 der Arbeitsgemeinschaft

Hochschulmedizin, in der unter anderem die Bundesärztekammer und der Marburger Bund vertreten sind. Der Ausschuss spricht sich ausdrücklich gegen die Privatisierung von Universitätsklinik aus.

Die Forderung nach weiteren Lehrstühlen für Allgemeinmedizin an allen bayerischen Universitätsklinik wurde ebenso in einem Entschließungsantrag formuliert.

Nach intensiver Diskussion wurde ein weiterer Entschließungsantrag verfasst, der beinhaltet, dass Einkaufsmodelle als dirigistische Maßnahmen, um die Krankenversorgung auf weiterhin hohem Niveau gewährleisten zu können, abzulehnen sind.

Die Entschließungsanträge, die die Teilnehmer des Workshops initiiert haben, sind mit großer Mehrheit vom 72. Bayerischen Ärztetag angenommen worden.

*Privatdozentin Dr. Claudia Borelli, München
Marie-Luise Hof (BLÄK)*

Workshop IV – Ausschuss „Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte“



Neben den Mitgliedern des Ausschusses „Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte“ befasste sich im Workshop IV eine große Zahl an Teilnehmern mit dem Thema Attraktivität der Niederlassung.

Nach Begrüßung der Teilnehmer und des Vizepräsidenten der Bayerischen Landesärztekammer, Dr. Wolfgang Rechl, führte die Vorsitzende, Dr. Marlene Lessel, mit einem Statement in die Thematik ein. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Dr. Hans-Erich Singer, zeigte die Auswirkungen der neuen Bedarfsplanungsrichtlinie am Beispiel der Hausärzte in Mittelfranken.

Zur Lage der niedergelassenen Fachärzte in Bayern nahm das Ausschussmitglied Dr. Wolfgang Bärtl mit Blick auf Altersstruktur, Einkommenssituation und Erwartungen des fachärztlichen Nachwuchses Stellung.

Lessel präsentierte das Förderprogramm der Bayerischen Staatsregierung zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum, das als bayerische Initiative gegen den Ärztemangel angeboten wird.

Es ist notwendig, dass auch die fachärztliche Niederlassung in das Förderprogramm aufgenommen wird.

Die Diskussion machte klar, dass die neue Bedarfsplanungsrichtlinie die Probleme einer drohenden ärztlichen Unterversorgung im ländlichen Raum nicht löst und sie deshalb an die bayerischen Bedürfnisse anzupassen ist. Betont wurde aber, dass der Arztberuf in der Niederlassung immer noch erstrebenswert ist. Jedoch büßt er seine Attraktivität durch Rahmenbedingungen ein, die sich aus der Diskrepanz zwischen unzureichender Finanzierung

des Gesundheitssystems und wachsenden Ansprüchen der Bevölkerung und Politik an die Medizin ergeben und wegen mangelnder Verlässlichkeit und Planungsunsicherheit zu unkalkulierbaren Risiken führen. Deshalb müssen feste und angemessene Preise für ärztliche Leistungen durchgesetzt werden.

Zeitliche Arbeitsbelastung niedergelassener Ärzte im ländlichen Raum und häufiger Bereitschaftsdienst schrecken Niederlassungswillige vor dem Schritt in die Niederlassung ab.

Schließlich waren die ambulante spezialfachärztliche Versorgung, die Selbstzahler-Medizin und die Erleichterung des Zugangs zum Medizinstudium Themen und mündeten in Anträge.

Die Teilnehmer haben bis kurz vor Beginn der Auftaktveranstaltung des 72. Bayerischen Ärztetages intensiv an der Meinungsbildung mitgewirkt, wofür sich die Vorsitzende im Namen des Ausschusses bedankte.

*Dr. Marlene Lessel, Kaufbeuren
Peter Kalb (BLÄK)*